

# ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 25 – 15. 12. 2014

*andreas püttmann contra fundamentalisten + verbraucherschützer sommer&liese + thomas jansen über matteo renzi + die briten ansteigend pro kernkraft + noch ein atom-endlager fertig + früher angriffsgesang im kreml + was wladimir putin noch 2004 über die ukraine meinte + + und wieder mal jürgen elsässer: prorussische polemik nach der moldavienwahl*

## Pro und Contra Freihandelsabkommen

### Die überparteiliche "Europa Union Deutschland" vermittelt dazu viele Fakten



Selten haben Medien und Skeptiker aller Art mehr Unsinn über ein politisch-wirtschaftliches Vorhaben verbreitet wie seit Monaten zum geplanten "TTIP"-Freihandelsabkommen EU/USA. Die Amis würden uns "Chlorhühnchen" andrehen, Europas Umweltpolitik blockieren und aussichtslose Schiedsverfahren für Konfliktfälle erzwingen. Merkel und Gabriel wehren sich, Europas Gewerkschaften teilen die Bedenken deutscher Kollegen

kaum. Die Zeit drängt, und das Abkommen hat schon über hundert problemlose Vorgänger. Die Europa Union zählt zu den unabhängigen, sachorientierten Ratgebern. Wir sprachen mit ihrem Präsidenten.

**Interview mit Rainer Wieland,**  
**Vizepräsident des Europäischen Parlaments**  
**Präsident der Europa Union Deutschland**

**ContraSalon:** Die Europa Union (EUD) ist parteipolitisch neutral und hat (auch) deswegen wenig Medien-Echo. Könnte sie nicht eine neue Europa-Debatte dadurch anscharfen, dass sie eine starke Auseinandersetzung mit der "Eurasien"-Idee von Präsident Putin sucht?

**Rainer Wieland MdEP:** Unsere Überparteilichkeit bedeutet ja nicht, dass wir politische Eunuchen wären. Ich selbst bin durch und durch Christdemokrat. In unserem Verband sind überzeugte Anhänger und auch viele Mandatsträger aller demokratischen, den europäischen Konsens teilenden Parteien zu finden. Die Mehrzahl der Mitglieder der Europa-Union hat überhaupt kein Parteibuch. / Das alles macht uns nicht unpolitisch. Im Gegenteil. Wir beziehen klar Position, wenn es darum geht, die europäische Idee und die europäischen Werte zu verteidigen – aber wir tun dies im überparteilichen Konsens. Es gibt im Übrigen auch Parteien, die mit unserer Überparteilichkeit nicht vereinbar sind. Es sind extremistische Parteien, gleich ob außen links oder rechts, aber auch antieuropäische Populisten. Gegen deren dumme und rückwärtsgewandte Thesen beziehen wir klar Position. Und wenn unverantwortliche Dinge in unseren Parteien gesagt oder getan werden, melden wir uns auch zu Wort, freundlich aber bestimmt.

Was nun Putins Russland angeht, so unterstützt es jetzt gerade diejenigen politischen Kräfte in Europa, die sich vom Europagedanken abwenden. Putin unterstützt rechtsextreme Parteien wie den französischen *Front National*. Sogar die AfD fiel jetzt durch Kontakte zu Moskau auf.

Unter solchen Umständen - militärische Drohgebärden und gezieltes Setzen von Spaltpilzen durch den Kreml - sehe ich wenig Grundlagen für den Entwurf eurasischer Visionen. Die *Eurasische Zollunion* Putins ist auch nicht mit der EU vergleichbar. Wir schätzen eine Rechtsordnung gleichberechtigter Mitglieder, Russland leider ein hierarchisches Machtssystem. Ich halte es aber für unbedingt richtig, dass wir Gesprächskanäle offenhalten und weiter den Dialog suchen. Dies ist aber nicht die Aufgabe meiner Europa-Union.



**Rainer Wieland MdEP**

**ContraSalon:** Ihr Kollege Othmar Karas hat es erreicht, dass ab Januar österreichische<sup>11</sup> Europaabgeordnete im Wiener Parlament sprechen dürfen. Reizt Sie das nicht zu der For-derung, auch im Bundestag auftreten zu dürfen?

**Rainer Wieland MdEP:** Othmar Karas kann ich dazu nur gratulieren. Für mich steht jedenfalls fest, dass wir die repräsentative Demokratie in Europa weiter stärken müssen. Dabei geht es nicht nur um das Europäische Parlament, sondern auch um die nationalen Parlamente. Wir stehen in einem europäischen Verfassungsverbund. Für die kommenden Jahre sehe ich die Aufgabe, diesen Verfassungsverbund zu konsolidieren. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Schaffung eines europäischen Parlamentsverbunds in einem modernen Mehrebenen-Parlamentarismus. Die Europa-Union beschäftigt sich intensiv mit konstitutionellen Fragen dieser Art. Ob nun EU-Abgeordnete im Bundestag ein Rederecht bekommen, ist eher nachrangig.

**ContraSalon:** Die Europa Union war immer führend in der Forderung nach "mehr Europa im Bildungswesen". Das bringt nicht viel Beifall. Könnte die EUD nicht auch das Zusammenwirken von Interessen der Gewerkschaften und Arbeitgeber bei der künftigen Ausrichtung der EU neu beleben - so wie es in den frühen Jahren der EWG üblich war?

**Rainer Wieland MdEP:** Das eine schließt das andere nicht aus. Die Europa-Union tut beides. Europa in der Schule bleibt ein ganz wichtiges Thema für unsere Arbeit. In unserem Verband sind viele Lehrerinnen und Lehrer engagiert.

Die Frage des sozialen Dialogs ist nach meinem Verständnis ein anderes Thema. Aktuell organisiert die Europa-Union gemeinsam mit einer ganzen Reihe von Partnern eine bundesweite Reihe von Bürgerdialogen zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP. Gerade unsere Überparteilichkeit erlaubt uns, einen solchen Dialog mit Gegnern und Befürwortern des Abkommens zu initiieren. Unter den Partnern sind neben vielen anderen Akteuren, Institutionen, repräsentativen Verbänden und Nichtregierungsorganisationen auch Arbeitgeberverbände oder arbeitgebernahe Organisationen wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Genauso sind der DGB und der Deutsche Beamtenbund unsere Partner.

Im Oktober ging es los. Jetzt geht es nach Nürnberg, im Januar nach Leverkusen. Es folgen weitere Stationen landauf, landab über das ganze nächste Jahr. Wir wollen so einen Beitrag zu mehr Transparenz, zu einer Versachlichung der Debatte leisten. Im Kern ist das auch wieder ein Europa-Dialog. Die genannten Verbände spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

---

## "Antichristlich und antirussisch" ???



*Dr. Andreas Püttmann*

**I**n einem privat-katholischen Internetportal beschwerte sich Pater Professor Wolfgang Ockenfels OP über "Medien, die ihren Hass auf den Teufel Wladimir Putin kaum noch zügeln können" sowie über "die heute bei uns vorherrschenden antirussischen und antichristlichen Affekte". Wie bitte?

**D**as Christentum findet hierzulande in Umfragen regelmäßig Mehrheiten – nicht mehr des Glaubens, aber der Wertschätzung: Zwei Drittel halten Europa für "(sehr) stark" vom Christentum geprägt. Der Anteil derer, die ihm "eine bevorzugte Stellung" gegenüber anderen Religionen einräumen wollen, ist zwischen 2004 und 2012 von 41 auf

48 Prozent gestiegen. Die Gegenmeinung "Alle Religionen in Deutschland sollten gleichberechtigt sein", vertritt etwa ein Drittel der Bevölkerung. "Unsympathisch" findet den Begriff "christlich" nur jeder Vierte. Zwar gibt es antichristliche Affekte, aber "vorherrschend" sind sie nicht. Der Wissenschaftler Ockenfels sollte sich präziser ausdrücken.

**S**chlimmer ist, dass ein katholischer Sozialethiker den gesunden Immunreflex einer freien,

demokratischen Gesellschaft gegenüber einem Autokraten, der Menschen- und Völkerrecht mit Füßen tritt und notorisch lügt, als "Hass" und "Affekt" gegen die Russen denunziert und (anti-) "russisch" und "christlich" in einen Zusammenhang bringt. Die Schnittmenge, die russische Orthodoxie, bietet mindestens in ihrer tonangebenden Hierarchie ein trauriges Bild: antiliberal, antiwestlich, eigensüchtig-unökumenisch, nationalistisch, regime-treu. Dass von diesem autoritär-ordnungsfixierten Christentums-Konzept eine gewisse Attraktivität auf *rechte Christen* im Westen ausgeht, die deshalb das Kremregime verharmlosen, zeigte jüngst schon die katholische Publizistin Gabriele Kuby: Sie schwärmte auf dem gleichen Internetportal und in der "Tagespost" – ohne dort Protest hervorzurufen – von einer Moskauer Propagandakonferenz über "Große Familien und die Zukunft der Menschheit", zur der auch westliche Rechtsextremisten, etwa vom "Front National", geladen waren und auf der die Ukraine dafür attackiert wurde, dass Kiew eine Homosexuellendemonstration zugelassen hatte.

**W**er schamlos mit der Partei der Unfreiheit in Europa paktiert, nährt selbst die "antichristlichen Affekte", die er beklagt. Dem müssen die vernünftigen Kräfte der Kirche – auch Bischöfe – entgegenwirken, indem sie sich klarer von rechten Sektierern distanzieren und das christliche Ethos der Freiheit verteidigen. Sonst droht aus der von manchen erhofften "Gesundschumpfung" der Kirche eine Krankschumpfung zu werden.

---

## WERKSTATT EUROPA

### **Dr. Renate Sommer MdEP, Dr. med. Peter Liese MdEP: Erfolgreich für Europas Verbraucher. Endlich verlässliche Waren-Kennzeichnungen**

**D**ieses Woche trat die **EU-Verordnung über die Kennzeichnung von Lebensmitteln** in Kraft. Die federführende Europaparlament-Berichterstatterin, Dr. Renate Sommer (CDU) und der EVP-Koordinator im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), Dr. Peter Liese (CDU), begrüßen die neuen Regeln als "Meilenstein für die Verbraucher in der EU". Es folgen Auszüge ihrer Mitteilung:



**Dr. Renate Sommer**

**V**erbraucher werden künftig besser vor irreführenden Angaben geschützt. Lebensmittel, auf deren Verpackung z.B. Früchte abgebildet sind, müssen auch Früchte enthalten, nicht nur Farbstoffe und Aromen. Auf Käse-Imitat aus Pflanzenfett und Formfleisch oder -fisch muss auf der Vorderseite der Verpackung deutlich hingewiesen werden. Allergiker können künftig erkennen, ob allergene Stoffe in einem Lebensmittel enthalten sind. Auch bei nicht vorver-



**Dr. med. Peter Liese**

packten, frischen Lebensmitteln - beim Bäcker oder Metzger, muss die Allergen-Information verfügbar sein. Mit Rücksicht auf kleine Handwerksbetriebe kann die Information auch im Verkaufsgespräch erfolgen.

**F**ür mehr Wahlfreiheit sorgt die Einführung der verpflichtenden Nährwertdeklaration. Ein **Nährwertkästchen in Tabellenform** gibt den Gehalt an Energie und weiteren Nährwerten, wie Fett, Salz und Zucker wieder: Die Pflicht zu dieser Deklaration gilt zwar erst ab Dezember 2016; die meisten Hersteller stellen die Nährwertangaben schon jetzt bereit. Ab April 2015 gilt die verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Frischfleisch. Der Verbraucher weiß dann genau, woher sein Steak oder Schnitzel kommt.

**G**anz wichtig war für uns eine bessere Lesbarkeit von Angaben auf Lebensmitteln. Durch die Einführung einer Mindestdriftgröße und die Vorgabe, das **Ganze** lesbar zu gestalten, etwa durch Kontrast zwischen Schrift und Hintergrund, sind Informationen auf den Ver-

packungen deutlich zu erkennen. Alle Nährwertangaben müssen in Bezug zu 100g oder ml gemacht werden, damit Verbraucher bei unterschiedlichen Produktgrößen schon im Supermarkt die Nährwerte vergleichen können.

**B**erichte, wonach die neuen Pflichtangaben auch bei selbstgebackenen Kuchen für gelegentliche Schulfeste oder Wohltätigkeitsbasare gemacht werden müssen, sind völliger Unsinn", erklärt Liese. Sommer: "Das habe ich persönlich gegen die EU-Kommission durchgesetzt. Schließlich wollen wir nicht das ehrenamtliche Engagement blockieren."

**Miese Medien-Begleitmusik. Als der geschilderte Fortschritt am 13. Dezember im abendlichen deutschen Fernsehen berichtet wurde, erfuhr kein Zuschauer, dass "Brüssel" und vor allem das Europäische Parlament gehandelt hatten. Es hieß nur, "künftig" gäbe es "europaweit" neue Regeln. Von wem sie stammten, sagten ARD und ZDF nicht.**

=====

## Schafft es Renzi, Italien endlich zu wenden?

*Diese Frage stellte ich meinem Freund Dr. Thomas Jansen in Triest. Dort lebt der seinereit erste EVP-Generalsekretär im Ruhestand, doch weiterhin politisch tätig.*

**B**ei allen Schwierigkeiten, die Premier Matteo Renzi von allen Seiten, nicht zuletzt auch von bestimmten Kreisen seiner eigenen Partei, gemacht werden, und die er sich selbst durch sein zunehmend arrogantes Auftreten macht, glaube ich doch, dass er es schließlich schafft, die nötigsten Reformen (Arbeitsmarkt, Vereinfachung des politisch-institutionellen System) zu realisieren, wobei die *Wahlrechtsreform*, die als erstes Vorhaben in Angriff genommen worden war, wegen der erheblichen Widerstände seiner Koalitionsverbündeten nachhinkt. Doch man wird Kompromisse finden. Als Druckmittel hat Renzi die Drohung, auch ohne Reform *vorzeitige Neuwahlen* anzusetzen. Außer seiner PD würden dann alle anderen Parteien aller Vorrassicht nach schlecht aussehen.



**MP Matteo Renzi**

**N**un zum Problem der vereinbarten 3-Prozent-Hürde in den Haushalten der EU. Dieses Kriterium wird auch in Rom weiterhin eingehalten, obwohl dort dauernd darüber geklagt wird, dass es sich um ein "dummes Kriterium" handele, und dass eine flexiblere Handhabung angebracht sei, um Spielräume für Wachstumsmaßnahmen zu haben.

**D**as alles wird bei *Renzis Treffen mit Angela Merkel im Januar* besprochen werden. Im Übrigen erwartet man von den eingeleiteten und angekündigten strukturellen Reformen schließlich auch eine Reduzierung des nach wie vor wachsenden Schuldenstandes von über 130% BSP.

---

## KERNKRAFTENERGIEWENDEKOHLEKRAFTWERKEWINDRÄDERT

*Typisch: Der Klima-Gipfel in Lima ist wichtig, über ihn berichten alle unsere Medien. Dass der Bau und Ausbau von Kernkraftwerken rund um uns rascher denn je vorangeht, kommt in unseren Medien kaum vor, eher schon in der "Neuen Zürcher Zeitung". ContraSalon gibt es seit 2004, um solche Schieflagen auszugleichen. Dazu drei Meldungen:*

**D**as finnische Parlament hat die Pläne des Unternehmens **Fennovoima Oy**, am Standort **Pyhäjoki** ein weiteres Kernkraftwerk zu bauen, gebilligt. Zuvor hatte sich bereits die Regierung dafür ausgesprochen. Mit 115 zu 74 Stimmen entschied das Parlament die Genehmigung des Zusatzgesuches zum Grundsatzentscheid über **Hanhikivi-1**. Bedingung für den Bau ist, dass mindestens 60% der Unternehmensaktien von Fennovoima in finnischem Eigentum verbleiben.

Das Parlament hatte das Gesuch der Fennovoima um einen Grundsatzentscheid bereits 2010 genehmigt. Was auch für das europäische Ausland wichtig ist: Abermals fiel die Bauentscheidung für einen **Reaktortyp der "III. Generation"**. Dieser Typ ist ähnlich in Frankreich und China im Bau, sicherer als alle Vorgänger und kann sich im Notfall 72 Stunden lang ohne menschliche Mitwirkung vollkommen abkühlen und ausschalten. Auf dieser

Grundlage traf Finnland seine Zusatzentscheidung. Fennovoima muss nun den Baugenehmigungsantrag bis Juni 2015 einreichen.

"Ich möchte dem Parlament für sein Vertrauen, das es diesem wichtigen Projekt entgegengebracht hat, danken», sagte Toni Hemminki, CEO der Fennovoima. In den kommenden Jahrzehnten werde Hanhikivi-1 Strom emissionsarm und zu einem vorhersehbaren und angemessenen Preis erzeugen. Die grosse Investition werde Arbeitsplätze schaffen und der Wirtschaft einen dringend benötigten Schub verleihen.

### **Briten befürworten Kernenergie und Erneuerbare im Strommix**

In einer regelmässig durchgeführten Umfrage haben 78% der Briten angegeben, Grossbritannien sei auf einen Stromproduktionsmix mit Kernenergie und erneuerbaren Energien angewiesen. Doppelt so viele Befürworter als Gegner unterstützen einen Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke.

Befragt wurden im November 2014 mehr als 2000 Britinnen und Briten zu ihrer Meinung über verschiedene Energieträger. Kernenergie und erneuerbare Energien gehörten für 78% der Befragten zum Stromproduktionsmix des Landes. Kernenergie wurde als die **verlässlichste** Produktionstechnologie bezeichnet, vor Gas und Erdöl. Hinter der Windenergie sahen die Befragten zudem die Kernenergie als die Technologie, die am wenigsten Kohlenstoff ausstösst und die öffentliche Gesundheit am wenigsten belastet.

Mit 45% unterstützten mehr als doppelt so viele Umfrageteilnehmer den **Ersatz** der bestehenden Werke, als dass Befragte diese Idee ablehnten. Diese Werte blieben über die letzten Jahre annähernd stabil. Für die Ersatzbauten soll für eine Mehrzahl der Befragten kein ausländisches Kapital verwendet werden. Zwei Drittel jener, die einem Neubau positiv gegenüberstanden, begründeten dies einerseits mit der Aussicht, Grossbritannien unabhängiger von Stromimporten zu machen, andererseits mit ihrem Willen, die Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern Kohle und Gas zu vermindern.

Deutsche Auswerter der britischen Umfrage erfuhren, wie sich die Regierung Cameron das Umfrageergebnis erklärt: "Wir haben bei den Beurteilungen der Lage - anders als in Deutschland ein Gleichgewicht zwischen Freunden und Gegnern der Kernkraft von der Wissenschaft über Parteien und Gewerkschaften bis in die BBC. In Deutschland wird die Öffentliche Meinung seit über 40 Jahren von Kernkraftgegnern beherrscht."

Ähnlich ist es beim so genannten "Klimaschutz". In britischen Schulen wird nicht einseitig "Menschenschuld am Klimawandel" gelehrt, sondern das Thema muss ausdrücklich als "weiterhin umstritten" dargestellt werden.

### **Endlager-Lüge, neuer Stand**

Bekanntlich wird von praktisch allen deutschen Spitzenpolitikern die unwahre Behauptung aufgestellt, es gäbe "weltweit keine atomaren Endlager". Es gibt aber längst welche in Finnland, Schweden, USA. In der Schweiz wird bald eine fertig. Und noch diese `=

Die erste Bauphase des südkoreanischen Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle – sechs unterirdische Silos mit einer Kapazität von 100'000 Behältern – ist termingerecht schon im Juni 2014 fertiggestellt worden. Die zweite Bauphase, ein oberirdisches Lager mit einer Kapazität für 125'000 Behälter, begann 2011 und soll 2016 abgeschlossen sein. Das Endlager befindet sich in Gyeongju im Südosten Südkoreas in der Nähe des Kernkraftwerks Wolsong. Der Standort hatte sich bereits im November 2005 gegen vier Konkurrenten durchgesetzt. Südkorea plant nun auch ein Silo für hochaktive Abfälle.

---

---

### **Krisen-Debatte Ukraine/Putin/NATO pp. MATERIALIEN**

Am 12. Dezember 2013 sang der russische Sänger Oleg Gazmanov vor der versammelten politischen Elite der Russischen Föderation (im Kreml) sein Lied **HERGESTELLT IN DER UDSSR**, das heisst "Ukraine und Krim, Belarus, Moldova sind mein Land wie Kasachstan, Kaukasus und Baltikum.." Man feierte den 20. Jahrestag der Föderation. Umgehend schickte die lettische Regierung eine Protestnote. - Diese Schilderung stand am Anfang eines Berichts der Mitarbeiter

der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew, Moskau, Kasachstan, Tiflis und Bjelarus, welcher am 19.1.2014 abgeschlossen wurde.

=====

SPIEGEL-Ausgabe 24.11.2014, Seite 28: "Wenn die Ukraine der EU beitreten will, können wir dies nur begrüßen", hatte Putin (noch) 2004 in Spanien gesagt.

=====

## **Putin-Unterstützer und Herausgeber des Magazins COMPACT Jürgen Elsässer ONLINE am 1.12.2014**

***"Moldawien wählte prorussisch – aber der Wahlsieg wurde gestohlen!"***



**Ein Skandal - aber die NATO-Medien wiegeln ab!**

**W**ahlen in Moldawien. Heute melden unsere Mainstream-Medien: Das Pro-EU-Lager liegt mit 44 Prozent vorne und wird die Regierung bilden. Die prorussischen Parteien (Sozialisten etwa 21 Prozent, Kommunisten etwa 17 Prozent) liegen knapp, aber kaum aufzuholen dahinter. Was unsere Medien verschweigen: Die laut Umfragen mit am stärksten pro-russische Partei, "Patria", wurde am Donnerstag vor der Wahl verboten! Ihr wurden laut Umfragen bis zu 15 Prozent eingeräumt. Der Spitzenkandidat und Parteigründer floh am Freitag aus Angst um sein Leben aus Moldawien! Wäre ein solcher Skandal – der Verbot einer starken Oppositionspartei kurz vor dem Urnengang – in Russland, Belarus oder irgendeinem anderen Nicht-NATO-Land passiert, würden unsere Politiker und Medien aufheulen vor Wut über den Wahlbetrug. Aber da diese dreiste Manipulation in Moldawien nun EU und NATO zu Gute kommt, gibt es kein Sterbenswörtchen der Empörung.

**N**och ein weiterer Trick der NATO/EU-Instrukteure: Kurz vor der Wahl spalteten sich von der KP irgendwelche Reformkommunisten ab. Die traten nun mit eigener Liste zur Wahl an, erreichten 5 komma x Prozent. Das Problem: Moldawien hat eine Sperrklausel von sechs Prozent. Damit gingen diese Stimmen dem "pro-russischen" Lager in der Endabrechnung verloren....

**U**nd übrigens: Nach ersten Hochrechnungen war das Ergebnis umgekehrt, Sozialisten und Kommunisten hätten demnach eine Regierung bilden können. Wenig später war dagegen alles anders... Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...Im übrigen kommt es nicht auf ein paar Prozente hin oder her an. Seit Jahren ist die Situation in Moldawien dieselbe wie in der Ukraine vor dem Putsch (sic!) : Pro-EU- und Pro-Russland-Kräfte halten sich die Waage. Es wäre ein Ausdruck politischer Klugheit, solche Länder nicht zu einer Entweder-Oder-Entscheidung zu zwingen und damit zu zerreißen, sondern sie als Brücke zwischen Ost und West zu nutzen. Aber die Aggressoren in Brüssel und Washington wollen die Konfrontation, und Berlin spielt mit. So wird ein Land nach dem nächsten angezündet.



***Wladimir Putin, gern mal renzenlos aktiv***

Lesen Sie in COMPACT 10/2014 eine Reportage aus dem zerrissenen Land: "Der nächste Brennpunkt: Das moldauische Schachbrett" von Martin Müller-Mertens. [COMPACT 10/2014](#)

-----

**Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 / 53343 WACHTBERG. Tel. 0228 – 324381**

**e -mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de) // Ihre **Spende deckt meine steigenden Kosten** -  
[bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805](#)**

**IBAN DE15 37 06 98 05**

**BIC GENODE1 W V I**

**VIELEN DANK !!!**